

II-3878 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1920 IJ

1986-02-24

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Lichal

und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend die Petition Nr. 4 an den österreichischen Nationalrat

(betreffend das Problem der steigenden Steuer- und Abgabenbelastungen)

Abgeordnete zum Nationalrat, die der ÖVP angehören, haben dem Präsidenten des Nationalrates am 17.5.1985 eine Petition betreffend das Problem der steigenden Steuer- und Abgabenbelastungen überreicht.

Da laut § 100 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Nationalrates solche Petitionen, über welche innerhalb von sechs Monaten nach der Zuweisung vom Ausschuß kein Bericht erstattet wurde, an das zuständige Mitglied der Bundesregierung zur geeigneten Verfügung weiterzuleiten sind, hat die Österreichische Volkspartei mehrmals auf eine rasche parlamentarische Behandlung dieser Petition gedrängt.

So haben ÖVP-Abgeordnete am 28. Juni 1985 den Antrag gestellt, dem Finanz- und Budgetausschuß zur Berichterstattung über diese Vorlage eine Frist bis 30. Oktober 1985 zu setzen.

Dieser Antrag wurde ebenso wie andere Vorstöße der ÖVP von der Regierungskoalition abgelehnt.

Nach Ablauf der 6-Monatsfrist wurde nunmehr im Sinne des oben zitierten § 100 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Nationalrates

-2-

dem Finanzminister die Petition Nr.4 "zur geeigneten Verfügung" weitergeleitet.

Die unterfertigten Abgeordneten richten nunmehr an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e:

1. Welche konkreten Maßnahmen im Sinne der Petition Nr.4 wurden seitens des Bundesministers für Finanzen getroffen?
2. Sind Sie bereit, den Inhalt der Petition Nr.4 bei einer Einkommenssteuerreform mitzuberücksichtigen?
3. Wenn ja, welche konkreten Schritte sind diesbezüglich geplant?
4. Wenn nein, was ist die Ursache Ihrer ablehnenden Haltung?